

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 14.03.2013
Sitzung Nummer:	25 (KT/25/2013)
Sitzungsdauer:	17:02 - 20:08 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzender

Angela Vogel Gabriela Grimm
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Arnold Bausemer

Herr Ralf Bergmann

Herr Ralf Berlin

Herr Dr. Jörg Böhme

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Herr Uwe Classe

Herr Jürgen Emanuel

Herr Marcus Graubner

Herr Hardy Peter Güssau

Herr Horst Janas

Herr Ernst Jesse

Herr Uwe Klemm

Herr Norbert Krebber

Herr Peter Krüger

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Wolfgang Kühnel

Frau Katrin Kunert

Herr Herbert Luksch

bis 19.20 Uhr

Herr Wolfgang März

Herr Dr. Rudolf Opitz

Frau Christine Paschke

Frau Dr. Helga Paschke

bis 19.34 Uhr

Herr Bernd Prange

Herr Detlef Radke

Herr Günter Rettig

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Gerd Schlaak

Herr Tiemo Schönwald

Herr Waldemar Schreiber

Herr Chris Schulenburg

Herr Nico Schulz

Herr Udo Seidel

Herr Eduard Stapel

Herr Dr. Volker Stephan

Herr Bodo Strube
Herr Norbert Tanne
Herr Tilman Tögel
Herr Eike Trumpf
Herr Frank Wiese
Herr Bernd Witt
Herr Peter Zimmermann

ab 17.10 Uhr

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth
Frau Annemarie Theil
Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Gerhard Imig
Herr MR Dr. Volkmar Lischka
Herr Klaus-Peter Noeske
Herr Torsten Werner

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages Stendal am 24.01.2013
- 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 24. Sitzung des Kreistages Stendal am 24.01.2013
- 6 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend
- 7 Ernennung, Vereidigung und Verpflichtung des Landrates des Landkreises Stendal durch den Vorsitzenden des Kreistages Herrn Lothar Riedinger
- 8 Verpflichtung von nachrückenden Mitgliedern des Kreistages (Herr Chris Schulenburg und Herr Udo Seidel)
- 9 Festlegung des Wahltermins zur Wahl der/des 2. Beigeordneten des Landkreises Stendal
Vorlage: 418/2013
- 10 Wahl des Ersten Beigeordneten des Landkreises Stendal
Vorlage: 434/2013
- 11 Wahl eines neuen stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 435/2013
- 12 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
- 2. Lesung und Beschlussfassung -
Vorlage: 415/2012
- 13 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes "Regionale Planungsgemeinschaft Altmark"
Vorlage: 417/2013

- 14 Vertretung des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Flugplatzgesellschaft Stendal-Borstel mbH
Vorlage: 423/2013
 - 15 Vertretung des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung des Landkreises Stendal mbH
Vorlage: 424/2013
 - 16 Vertretung des Landkreises in GmbHs, Planungsgemeinschaft und Sparkasse
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 422/2013
 - 17 Satzung zur Beleihung von praktizierenden Tierärzten und Fleischkontrolleuren für die Schlacht-tier-, Fleisch- und Trichinenuntersuchung
Vorlage: 425/2013
 - 18 Beschluss der Prioritätenliste Straßenbauvorhaben nach dem EntflechtG 2014 - 2018
Vorlage: 427/2013
 - 19 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschulen Uetz, Tangerhütte und Grieben
Vorlage: 433/2013
 - 20 Beteiligungsbericht 2012 - Fortschreibung für das Wirtschaftsjahr 2011
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 420/2013
 - 21 Änderung der Ausschussbesetzung des Kreistages Stendal
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 436/2013
 - 22 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Lothar Riedinger, eröffnet um 17.02 Uhr die 25. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Kreistages eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Es meldet sich Frau Christa Borm aus Meßdorf zu Wort: Meßdorf stand jetzt schon lange genug in der Zeitung. Es geht hoch und runter. Wir haben ein Begehren. Und zwar soll unser Bahnhof geschlossen werden. Im Zuge des zweigleisigen Ausbaus der in Zukunft durch die Bahn stattfinden soll, ist beabsichtigt unsere Haltestelle zu schließen. Damit sind wir natürlich überhaupt nicht einverstanden und möchten noch einmal auf die Situation aufmerksam machen. Aus Kostengründen, so wurde uns geschrieben, muss dieser Bahnhof geschlossen werden. Das ist vielleicht richtig. Aber wurden überhaupt die richtigen Kostenvarianten überprüft? Und in Meßdorf gibt es nur wenig Einwohner. Deshalb können wir nicht die Zahlen bringen, die vielleicht in Berlin oder sonst wo an Bahnhöfen aktiviert werden. Mit Stand vom 31.12. hat Meßdorf und Umgebung nur 655 Einwohner. Dennoch fahren jeden Tag Kinder nach Stendal zur Schule, die dort das Privatgymnasium besuchen. Neun Kinder aus Meßdorf besuchen das Privatgymnasium und ein Bruchteil nur das staatliche Gymnasium in Osterburg. Wir haben Berufsschüler, die nach Salzwedel müssen. Falls die Bahn bei uns nicht mehr hält, können sie die Züge auch nicht mehr benutzen. Sie können aber Salzwedel per Bus überhaupt nicht erreichen. Diese Bahnlinie, die jetzt noch vorhanden ist, braucht 19 Minuten von Meßdorf nach Stendal. Die Zeit ist mit einem Auto nicht zu

toppen. Von einem Bus ist nicht die Rede. Daher bitte ich hier die Anwesenden, noch einmal genau darüber zu reflektieren, wie es in Zukunft in der Altmark weitergehen soll, ob wir nur sparen und keine Einwohner mehr haben oder ob wir an der richtigen Stelle investieren und einen öffentlichen Verkehr zulassen. Ich bitte darum, dass hierzu etwas gesagt wird.

Der Landrat bemerkt, dass das Thema den Landkreis schon seit geraumer Zeit beschäftigt. Wir haben mit der Bürgermeisterin und unseren Fachleuten abgestimmt, dass wir uns für den Erhalt des Bahnhofs einsetzen. Aber das ist eben nur bedingt möglich. Leider ist es so, dass in den vergangenen Jahren der eine oder andere Haltepunkt geschlossen wurde. Wie nun hier der aktuelle und konkrete Stand ist, kann er im Moment nicht sagen. Wir werden uns aber bemühen, mit dem Verkehrsminister in Verbindung zu treten, um mit ihm konkret Ihr Problem zu bereden in der Hoffnung, dass sich dann etwas tut.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Landrat versuchen wird, was möglich ist. Es ist eigentlich eine Entscheidung des Landes. Wir können natürlich unser Veto einlegen.

Frau Monika Michael aus Meßdorf äußert, dass jetzt alle Fraktionen hier vor Ort sind. Christa Borm hat bzgl. des Meßdorfer Bahnhofs an alle Fraktionen Briefe geschrieben. Sie würde interessieren, wie die Fraktionen dazu stehen.

Nachdem wir ein Schreiben von den Meßdorfer Bürgern erhielten, so Herr Wiese, haben wir uns natürlich um das Thema gekümmert. Wir haben auch die Stellungnahme des Landrates zugestellt bekommen, die am 24.05.2012 zu dem Thema an den Geschäftsführer der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH Herrn Klaus Rüdiger Malter geschrieben wurde. Dort steht im Prinzip genau das gleiche drin, was er eben gesagt hat, nämlich für den Erhalt des Bahnhofs in Meßdorf zu kämpfen.

Frau Kunert war gestern zu einer Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative Amerikalinie in Pretzier. Anliegen der BI ist es, dass Lärmschutzmaßnahmen entlang der Strecke aufgenommen werden. Mein Vorschlag wäre, dass natürlich der Landrat und der Bürgermeister sich für den Erhalt einsetzen. Sinnführend wäre es aber, wenn man die Bahn dazu bringt, sich mit den Betroffenen an einen Tisch zu setzen, um das Thema zu erörtern. Ein riesengroßes Problem, was die Bahn immer vor sich herschiebt ist die Kosten-Nutzen-Rechnung. Das Problem hatten wir gestern auch. Ich halte schon für wichtig, dass die Region insgesamt zusammenhält und ihre Bestrebung unterstützt. Mein Vorschlag wäre, dass sie sich die Bahn mal einladen, dass man vor Ort beredet, warum ist es so, gerade weil ja die Strecken dort auch zweispurig ausgebaut werden. Es macht also überhaupt keinen Sinn zu sagen, der Personennahverkehr wird dort nicht mehr funktionieren. Also, das wäre ein Vorschlag. Und wir würden natürlich unterstützen, dass die Region sagt, wir haben zwar wenig Einwohnerinnen und Einwohner, aber trotzdem muss der Verkehr rollen.

Frau Borm: Aber für die Regionalplanung der Bahn ist nicht nur die Bahn zuständig, sondern auch der Landkreis. Das ist Personenbeförderung.

Herr Kühnel: Wir unterstützen natürlich dieses Anliegen, weil es unsere Kinder sind und eine Anbindung in der Fläche gerade um Meßdorf. Die Meßdorfer brauchen den Bahnhof. Und nur „Die Bahn“ einzuladen reicht nicht. Wir müssen klar Stellung beziehen und wir sollten den Landrat alle unterstützen und auf dem nächsten Kreistag etwas Konkretes verabschieden und der neue Landrat soll das bitte vorbereiten.

Herr Tögel: Also das Thema ist ja nicht neu, es war ja in den letzten Wochen und Monaten in der Presse schon eine ganze Menge darüber zu lesen. Frau Frederking hat sich auch bei Ihnen vor Ort darum bemüht. Das ist ein schwieriges Thema und ich hatte schon seit vielen Jahren gelegentlich mit „Der Bahn“ zu tun und weiß aus der Erfahrung wie hartleibig sich „Die Bahn“ anstellt und wie schwierig es überhaupt ist, mit der Bahn ins Gespräch zu kommen. Das geht nicht nur Ihnen so, das geht auch Abgeordneten des Landtages wie zum Teil auch des Bundestages so, dass es ganz schwer ist, überhaupt an jemanden bei „Der Bahn“ ranzukommen, der bereit ist überhaupt eine Aussage zu treffen. Ich habe die Pressemitteilung und die Veröffentlichung zum Anlass genommen, die Mitglieder der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuss des Landtages zu informieren, damit dort auch im Ausschuss zumindest die Klarheit besteht, wie die Situation hier vor Ort ist. Das Problem ist, dass selbst der Landtag per Beschluss nicht dafür sorgen kann, dass der Haltepunkt erhalten bleibt. Es gibt nur begrenzte finanzielle Mittel für Nahverkehrsleistungen und wenn „Die Bahn“ sagt, sie will vom Land die Kosten erstattet haben, dann ist natürlich auch das Geld des Landes irgendwann endlich. Aber selbst wenn die Kostenerstattung erfolgen sollte, ist es noch lange nicht sicher, dass das Land sich bereit erklärt, so wie die „NASA“ sich bereit

erklären sollte, wäre es noch lange nicht sicher, dass „Die Bahn“ sich auch danach richtet. Ich weiß, dass es sehr schwierig ist, aber ich habe zumindest für unsere Fraktion versucht, das an die Leute im Verkehrsausschuss im Landtag heranzubringen, aber ich bin überhaupt nicht sicher, ob das auch ansatzweise was nützt und kann Ihnen auch an der Stelle keine Versprechungen machen.

Herr Güssau: Ich bin Mitglied im Verkehrsausschuss und ich kann Ihnen Folgendes mitteilen: Am Dienstag hatten wir den neuen Chef der „Deutschen Bahn“ für Sachsen-Anhalt vorgeladen. Das ist der Herr Kaczmarek. Und ich werde Ihr Thema transportieren, aber ich will Ihnen auch mal Folgendes sagen: Ich möchte jetzt hier nicht stehen und Ihnen irgendetwas versprechen, was ich nicht halten kann. Wenn wir hier in Sachsen-Anhalt über Demografie und über Abwanderung von Bevölkerung sprechen, von 2005 bis 2025, verliert der Landkreis 26 % seiner Einwohner und ich erlebe als Abgeordneter immer mehr, dass es mehr Eingaben und Briefe gibt und Protest von Personen, die täglich in diesen Zug ein- und aussteigen. Das gehört auch zur Realität. Ich verspreche Ihnen, dass wir das Thema vortragen, ich verspreche Ihnen, dass sich „Die Bahn“ dazu äußert. Was ich Ihnen nicht versprechen kann, ist, dass „Die Bahn“ für Millionen Strecken verändert, um im ländlichen Raum wenige Menschen zu befördern. Wofür der Landkreis zukünftig zuständig ist, wir müssen uns neu überlegen, und das gilt auch für unsere Schulen, eine andere Beförderung für Menschen in diesem Raum zu gestalten. Und das sind neue Themen, die uns bewegen. So wie es immer war, das kann ich Ihnen schon sagen, so wird es nicht mehr sein. So ehrlich muss man das sagen.

Herr Berlin: Auch wir als Fraktion der FDP, wir kommen ja zum größten Teil auch aus dem ländlichen Raum. Wir sind für den Erhalt des Bahnhofs. Ich selber bin aus dem Bereich, aus der Einheitsgemeinde Bismark. Wir haben uns ja schon im Stadtrat dazu positioniert. Wir werden unser Möglichstes für den Erhalt des Bahnhofs tun. Herr Güssau hat gesagt, wo unsere Grenzen sind. Demografie ist schwierig. Wir müssen aber Möglichkeiten finden.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreis- tagsmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt fest:

- Die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 01.03.2013.
- Der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 44 Mitglieder des Kreistages + dem Landrat anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).
- Die Tagesordnung.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages Stendal am 24.01.2013

Der Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwände gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages Stendal vom 24.01.2013 fest.

zu TOP 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 24. Sitzung des Kreis- tages Stendal am 24.01.2013

Der Vorsitzende gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss der 24. Sitzung des Kreistages Stendal vom 24.01.2013, DS-Nr.: 398/2012 bekannt.

zu TOP 6 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend

Der Landrat, Jörg Hellmuth, bemerkt zu Beginn, dass er einen etwas anderen Bericht geben wird. Als Landrat war es nicht immer einfach. Aber in der gemeinsamen Zusammenarbeit haben wir in den vergangenen 19 Jahren sehr viel erreicht. Er kann sich nicht entsinnen, dass wir einen Kreistagsbeschluss revidieren mussten und er kann sich erst recht nicht entsinnen, ob er überhaupt in den 14 Jahren einmal in den Widerspruch gegen einen Kreistagsbeschluss gegangen ist.

Er möchte sich bei jedem Einzelnen für die Zusammenarbeit bedanken. Er wünscht dem Kreistag Stendal für die Zukunft alles Gute.

zu TOP 7 Ernennung, Vereidigung und Verpflichtung des Landrates des Landkreises Stendal durch den Vorsitzenden des Kreistages Herrn Lothar Riedinger

Der Vorsitzende nimmt nun die Vereidigung des neuen Landrates vor.

Am 09. Dezember 2012 wurde Carsten Wulfänger in direkter Wahl zum Landrat des Landkreises gewählt. Herr Wulfänger wird das Amt am 19. März 2013 antreten.

Herr Wulfänger, ich bitte Sie nunmehr nach vorn.

Herr Carsten Wulfänger. Ich ernenne Sie im Namen des Kreistages des Landkreises Stendal unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit mit Wirkung vom 19.03.2013 für die Dauer von sieben Jahren zum Landrat des Landkreises Stendal (Übergabe der Ernennungsurkunde).

Herr Wulfänger, ich werde Sie nunmehr vereidigen. Ich weise Sie ausdrücklich darauf hin, dass Sie mit diesem Eid den besonderen Dienstpflichten eines Landrates gemäß § 57 Landkreisordnung Sachsen-Anhalt in Verbindung mit § 30 sowie § 31 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt unterliegen.

Ich werde die Eidesformel verlesen, bitte erheben Sie die rechte Hand und sprechen Sie mir nach:

„Ich schwöre, meine Kraft dem Volk und dem Land Sachsen-Anhalt zu widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt zu wahren und zu verteidigen, Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.“ So wahr mir Gott helfe“. Herr Wulfänger legt den Eid ab.

Herr Wulfänger ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Amtspflichten gemäß § 57 der Landkreisordnung für das Land Sachsen-Anhalt. Die Vorschrift erklärt, dass die Pflichten der ehrenamtlich Tätigen aus § 30 und das Mitwirkungsverbot nach § 31 der Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt für den Landrat entsprechend gelten.

Ferner verpflichtet ich Sie, als Beamten auf Zeit, zur Beachtung der Pflichten gemäß der §§ 33 bis 36 des Beamtenstatusgesetzes, des § 37 Beamtenstatusgesetz i. V. m. § 51 Landesbeamtengesetz des Landes Sachsen-Anhalt, des § 54, § 70 sowie §§ 73 bis 81 Landesbeamtengesetz. Die Folgen der Nichterfüllung von Pflichten bestimmen sich nach den in den §§ 47 und 48 des Beamtenstatusgesetzes getroffenen Regelungen.

Im Namen des Kreistages wünsche ich Ihnen viel Erfolg in Ausübung Ihres Amtes als Landrat des Landkreises Stendal.

zu TOP 8 Verpflichtung von nachrückenden Mitgliedern des Kreistages (Herr Chris Schulenburg und Herr Udo Seidel)

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 24. Januar 2013 das Ausscheiden der Kreistagsmitglieder Dieter Bolle und Rüdiger Kloth festgestellt hat.

Als nächst festgestellte Bewerber hat der Kreiswahlausschuss am 11. 06. 2009 Herrn Chris Schulenburg und Herrn Udo Seidel festgestellt.

Herr Schulenburg und Herr Seidel haben die Wahl angenommen.

Ich bitte nun Herrn Seidel und Herrn Schulenburg nach vorn zu kommen, um die Verpflichtung vornehmen zu können.

Herr Schulenburg und Herr Seidel werden verpflichtet.

zu TOP 9 Festlegung des Wahltermins zur Wahl der/des 2. Beigeordneten des Landkreises Stendal
Vorlage: 418/2013

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dem Kreistag heute eine Austauschvorlage übergeben worden ist.

In der Austauschvorlage, einschließlich Stellenausschreibung, wurden die einzelnen Termine eingetragen, auf die sich der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss in seiner Sitzung am 28. Februar 2013 verständigt hat.

Des Weiteren, so der Vorsitzende wird vorgeschlagen, in der Stellenausschreibung als vorletzten Absatz folgendes aufzunehmen:

„Es wird darauf hingewiesen, dass die Wahl im öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages stattfindet. Nach dem Ende der Bewerbungsfrist erhält somit auch die Presse die notwendigen Informationen zu den einzelnen Bewerbern.“

Da bei der Stellenausschreibung zum Ersten Beigeordneten die Öffentlichkeit ein Problem dargestellt hat, wollen wir das diesmal vermeiden. So weiß jeder, der sich bewirbt, dass die Öffentlichkeit Kenntnis von der Bewerbung erhält. Datenschutzrechtliche Bestimmungen werden natürlich eingehalten.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 4

zu TOP 10 Wahl des Ersten Beigeordneten des Landkreises Stendal
Vorlage: 434/2013

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt an dieser Stelle die Bewerber um die Stelle des Ersten Beigeordneten des Landkreises Stendal.

12 Bewerbungen um die Stelle der/des 1. Beigeordneten des Landkreises Stendal sind fristgerecht eingegangen. 3 Bewerber hatten bislang ihre Bewerbung zurückgezogen. Um 15.10 Uhr am heutigen Tag hat uns Herr Volkmar Bauer mitgeteilt, dass er zur Vorstellung der Bewerber um die Stelle des Ersten Beigeordneten des Landkreises und zur Wahl aus witterungsbedingten Gründen nicht anwesend sein kann. Er möchte sich dafür recht herzlich entschuldigen.

Nach Prüfung der beamtenrechtlichen Anforderungen sowie der Einhaltung der Frist der Bewerbung ist festzustellen, dass die verbleibenden Bewerber die Kriterien erfüllen.

Zur Wahl um die Stelle des 1. Beigeordneten des Landkreises Stendal stehen somit

Herr Volkmar Bauer
Herr Daniel Golze
Herr Dr. Denis Gruber
Herr Boris Hecht
Herr Ralf-Peter Hennig
Herr Peter Krautstrunk.
Herr Jens Krüger
Herr Lutz Mertens

Herr Moritz Weirauch

Die Vorstellung der Bewerber wird jetzt nach alphabetischer Reihenfolge erfolgen. Die Redezeit für jeden Bewerber beträgt 7 Minuten. Nach jeder Vorstellung erhält der Kreistag die Möglichkeit, Fragen an den jeweiligen Bewerber zu stellen. Für die Fragerunde ist eine Zeitspanne von 3 Minuten vorgesehen.

Der Vorsitzende bittet in Abwesenheit des Herrn Bauer nunmehr Herrn Daniel Golze nach vorn.

Herr Golze:

Kommunalpolitik ist eine Leidenschaft, die mich seit nunmehr fast 20 Jahren sehr intensiv und oft mit Spaß und Freude beschäftigt. Meinem Lebenslauf konnten Sie meinen kommunalpolitischen Werdegang entnehmen. Als dienstältester Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnungsversammlung Rathenow und als Mitglied des Kreistages Havelland ist mir die Arbeit als ehrenamtlicher Abgeordneter nicht nur bekannt, sondern ich weiß aus eigenem Erfahren und Erleben, welche Mühen, welche Arbeit und insbesondere Zeit zu investieren sind, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu rechtfertigen um eine erfolgreiche Abgeordnete oder ein erfolgreicher Abgeordneter zu sein.

Ich habe feststellen können, dass das Westhavelland, in dem ich beheimatet bin und der Landkreis Stendal gar nicht so verschieden sind und ich mich daher hier im Landkreis Stendal sehr gut zurechtfinden werde. Die landwirtschaftliche Prägung mit vereinzelt Industrieanstaltungen führt, wie in meiner Heimatregion, zu der Situation, dass viele Menschen zur Arbeit pendeln, viele Menschen wegziehen und der Bevölkerungsverlust hier zukünftig auch in Hinblick auf Schulen, Kultur und freiwilligen Angeboten im Landkreis und im Hinblick auf einen möglichen Fachkräftemangel eine Rolle spielen könnte. Auch die demografische und finanzielle Entwicklung ist sehr ähnlich. Jedoch hat der Landkreis Stendal mit seiner Anbindung an die Elbe, der großen Verkehrsbedeutung im Schienenverkehr und der relativen Nähe zur Landeshauptstadt auch großartige Chancen zur weiteren Entwicklung. Ich bin davon überzeugt, dass Regionen und Länder übergreifende Projekte, wie die BUGA, der Tourismus in und mit einer intakten Umwelt und in der jetzigen Situation, verstärkt der ökologische Landbau, die ökologische Landwirtschaft besondere Bedeutung haben und bekommen werden. Auch den Landkreis Stendal lebens- und liebenswert zu erhalten und zu entwickeln. Trotz der immer geringer werdenden finanziellen Spielräume für freiwillige Ausgaben, schafft es der Landkreis Stendal, seine Haushaltsansätze zu halten und kommt ohne tiefgreifende Veränderungen aus. Gerade in Zeiten angespannter finanzieller Lagen der Kommunen und Kreise bietet sich, wie bei uns, interkommunale Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinweg an, um zukünftig Verwaltungsaufwand zu bündeln, gemeinsam agieren und effektiver handeln zu können.

Ich bin ein bodenständiger, offener und auch kritikfähiger Mensch, der aus eigener Erfahrung ein größtmögliches Maß an Transparenz, frühzeitiger Einbeziehung der Gremien und umfangreiche Informationspolitik im Vorfeld von Entscheidungen fordert und auch gewillt ist, diese selbst umzusetzen. Mit meinem teamorientierten und kooperativen Leitungsstil, der neben meiner kommunalpolitischen Erfahrungen auch aus meiner langjährigen Tätigkeit als Trainer im Breitensport im Jugend- und Seniorenbereich entstanden ist, bin ich gewillt die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung gezielt einzusetzen und zu fördern.

Ich lasse mich dadurch von Vorschlägen und Ideen ebenso leiten, wie von meiner kommunalpolitischen Maxime, nicht wissen zu wollen, dass Gutes nicht geht, sondern Vorschläge zu unterbreiten wie es gehen könnte.

Ich erfülle die Voraussetzungen für das Amt, nicht nur aufgrund des erfolgreichen Abschlusses meines rechtswissenschaftlichen Studiums und der Befähigung zum Richteramt, sondern vor allen Dingen aufgrund meiner langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung in unterschiedlichen Führungsämtern in den Ausschüssen des Landkreises und der Stadt Rathenow und der Mitgliedschaft zum Beispiel in Finanzausschüssen bei der Vertretung mit der nunmehr eingeführten doppelten Haushaltsführung. Und natürlich mit meinen Erfahrungen aus meiner Tätigkeit im Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg im Referat für Bauen und Liegenschaften und nunmehr als persönlicher Referent des Staatssekretärs. Mir ist natürlich bewusst, dass es auch auf kommunaler Ebene parteipolitische Vorbehalte gibt. Eine gleiche oder ähnliche Idee als einen gemeinsamen Schluss auszuarbeiten, gemeinsame Anträge zu stellen, einem Antrag beizutreten oder Kompromissen für eine große Mehrheit offen zu sein, sind für mich Kern kommunalpolitischer Tätigkeiten. Nicht eine vorgegebene Fraktionsdisziplin führt für mich zum Erfolg, sondern die Überzeugung der Sachargumente. Das ist es auch, was aus meiner Sicht, was die Bürgerinnen und Bürger von Politik und Verwaltung erwarten – effiziente und lösungsorientierte Arbeit an der Sache. Insofern bin ich sehr angetan von der Situation hier im Kreistag Stendal, in dem es gerade keine Koalition oder Zählgemeinschaften zur Schaffung einer unabänderlichen und aufgrund von Vereinbaren entstandene Mehrheit gibt. Die Arbeit ist damit zwar komplizierter, lässt aber die Möglichkeit sachbezogene

Gespräche offen und führt aus meiner Sicht eher zu guten Entscheidungen und zu großen Mehrheiten für Beschlüsse, die dann auch die Akzeptanz in der Bevölkerung finden.

Ich versichere Ihnen, mit den im Kreistag vertretenen Fraktionen offen, ehrlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Sie werden in mir einen verlässlichen, zu seinem Wort stehenden, klaren, konsequenten und dienstleistenden Partner finden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Es bestehen keine Anfragen von Seiten des Kreistages.

Der Vorsitzende bittet nunmehr Herrn Dr. Denis Gruber nach vorn.

Herr Gruber:

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen dass ich heute Abend die Möglichkeit habe, mich bei Ihnen vorzustellen. Mein Name ist Denis Gruber. Ich bin 1978 in Stendal geboren und lebe mit meiner Frau und unserem dreijährigen Sohn in Bismark. Ich legte 1996 mein Abitur in Tangerhütte ab und von 1996 bis 97 leistete ich meinen Grundwehrdienst in Havelberg bei der Bundeswehr. Von 1997 bis 2004 studierte ich Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswissenschaftslehre an der Otto-von-Guericke Universität in Magdeburg, an der ich auch von 2005 bis 2008 in Soziologie promovierte. Seit September 2008 arbeite ich als Dozent für Sozialwissenschaften an der staatlichen Universität in St. Petersburg und bin dort auch als Studiengangkoordinator des Studiengangs Europäische Gesellschaften integriert. Innerhalb der letzten fünf Jahre konnte ich Erfahrungen sammeln in der Personalführung von Universitätsmitarbeitern, habe auch Einblick erhalten in die Verwaltung der Universität und außerdem war ich beschäftigt dort im Fakultätsrat und arbeite an Drittmittelprojekten um externe Gelder einzuwerben. Seit 1998 bin ich Mitglied der SPD und wurde mit 21 Jahren 1999 in den Stadtrat von Tangerhütte gewählt, dem ich bis zu meinem Ausscheiden 2008 angehörte. Von 1999 bis 2004 war ich dort Mitglied im Bildungs-, Kultur- und Sozialausschuss und von 2004 bis 2008 Mitglied im Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss. Von 2004 bis 2008 war ich im Stadtrat stellvertretender Fraktionsvorsitzender und trat 2006 bei den Landtagswahlen für die SPD im Wahlkreis 05 Genthin an.

Die Stelle des ersten Beigeordneten des Landrates verbinde ich mit sehr interessanten aber auch sehr herausfordernden Aufgaben und Themenfeldern. Dem demografische Wandel, der sich in unserem Landkreis in aller Schärfe niederschlägt, gilt es sich auch in naher Zukunft gegenüberzustellen. Denn dieser demografische Wandel hat nicht nur Auswirkungen auf die Felder der Bildung, der Politik und des Sozialen, sondern er bezieht sich auch massiv auf strukturpolitische und ökonomische Gegebenheiten im Landkreis Stendal. Die Hauptprobleme, die ich in Zukunft für diesen Landkreis sehe, ist der weiterhin anhaltende Migrationsweggang, d.h. der Weggang vor allem jüngerer Bevölkerung, die hier in unserem Landkreis die Bildungseinrichtungen nutzen, dann allerdings zu oft dem Landkreis den Rücken kehren. Weiterhin denke ich, dass es notwendig ist, Chancen zu ermöglichen, um in den lokalen und regionalen Berufen Fuß zu fassen. Hier aber denke ich auch an neue Ausbildungs- und Bildungsfelder bezogen auf Agrarberufe im ländlichen Raum. Insbesondere den Fragen des Umweltamtes, welches der Position des ersten Beigeordneten zugeordnet ist, stehe ich sehr offen gegenüber und sehe hier ein sehr interessantes Betätigungsfeld, dem ich mich sehr konstruktiv widmen möchte. Meine intensive und fachlich gute Beratung und Begleitung der Ausschusstätigkeit, die diesem Ressort zugeordnet sind, dem Bau- und Verkehrsausschuss, den Schul-, Sport- und Kulturausschuss, sowie im Ausschuss für Umwelt- und Landschaftsschutz messe ich einen sehr hohen Stellenwert bei. Bezogen auf das Ressort Schulverwaltungs- und Kulturamt, ist es für mich wichtig, die Schulentwicklungsplanung mitzugestalten. Hierbei handelt es sich um ein sehr sensibles Thema, wobei auch der demografische Wandel wieder eine wichtige Rolle spielt. Trotz der erfolgten Schließung von zahlreichen Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen im unserem Landkreis, denke ich, dass es auch in Zukunft wichtig ist, das Augenmerk darauf zu legen, dass wir ein ausgeglichenes und leistungsfähiges Bildungsangebot im Landkreis Stendal gewährleisten können. Hierbei handelt es sich um einen Kreislauf, der beginnt bei Kindertagesstätten zur Betreuung sich über eine moderne und wandelnde Schullandschaft weiter vollstreckt, aber an dem auch viele Beschäftigte involviert sind, die im Bildungssektor beschäftigt sind. An dessen Ende jedoch auch Fragen stehen, ob wir nicht gemeinsam darüber nachdenken müssen Mindestschülerzahlen für Schulen nicht noch weiter nach unten zu senken, um Schulen zu erhalten und andererseits Kindern einen Transportweg zu ermöglichen, der räumlich aber auch zeitlich zum Bildungsweg passt. Bezogen auf Kultur denke ich an die zahlreichen Menschen, die in Vereinen und in Ehrenämtern beschäftigt sind. Die trotz ihrer zeitlichen und finanziellen Engpässe dazu bereit sind, Menschen aus dieser Region Kultur, Bildung, Wissen aber auch Sport zu vermitteln und zu ermöglichen. Meines Erachtens muss auch in Zukunft das Ehrenamt und die freiwillige Arbeit weiterhin gestärkt werden. Ich denke auch an neue Formen der Kultur aber auch der Wiederintensivierung bestehender Partnerschaften des Landkreises Stendal mit europäischen Regionen. Um unseren

Landkreis, der in der Mitte Europas zu Hause ist und durch die Geschichte der Altmark geprägt ist, als Bildungs-, Kultur- und Geschichtslandschaft zu präsentieren. Hierbei möchte ich nur kurz darauf verweisen, dass wir in unserer Region, der Altmark, die höchste Dichte an Hansestädten im gesamten europäischen Raum besitzt. Eine noch stärker kulturelle und geschichtliche Aufarbeitung dieser Region als Hanseregion wäre weiterhin wertvoll und würde dem Tourismus in unserem Landkreis zugutekommen.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich aus diesem Landkreis stamme, hier aufgewachsen bin, meine Familie hier beheimatet ist und ich ein großes Interesse habe, auch weiterhin eine berufliche Perspektive in diesem Landkreis zu besitzen. Dafür ist mir ein konstruktiver Umgang mit dem Landrat, den Mitgliedern des Kreistages aber auch den Mitarbeitern der Kreisverwaltung sehr wichtig. Ich bin sehr gern dazu bereit, in die einzelnen Fraktionen zu gehen, mir Meinungsbilder einzuholen, Dinge zu diskutieren und hier durchaus auch mein eigenes Meinungsbild zu präzisieren. Ich scheue mich nicht, neuen Herausforderungen entgegenzutreten. Ich beschreibe mich als kreativ, innovativ und ich werbe hiermit um Ihre Stimme.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Es bestehen keine Anfragen von Seiten des Kreistages.

Der Vorsitzende bittet nunmehr Herrn Hecht nach vorn.

Herr Hecht:

Mein Name ist Boris Hecht, ich bin am 11.02.1959 in Hohen Neuendorf geboren; im Land Brandenburg. Nach dem Abitur und Armeezeit habe ich mein Studium an der Humboldt-Universität absolviert als Diplom-Fischereingenieur abgeschlossen und hab dann Fischerei in Frankfurt (Oder) begonnen. War im Wesentlichen fünf Jahre mit der Jungfischauzucht beschäftigt. Bin dann 1990 in die Stadt Eberswalde gewechselt, hab mich als Leiter des Umweltamtes beworben, war dort bis '96 als Leiter des Umweltamtes tätig. Nach der Zusammenlegung des Umweltamtes mit dem Planungsamt zum Stadtplanungsamt war ich im Wesentlichen dann mit der Bauleitplanung in der Stadt beschäftigt und mit der Altlastsanierung im Besonderen. 2004 wurde an mich herangetragen die Leitung der Arbeitsgruppe Doppik zu übernehmen in der Stadt, was ich dann tat. 2007 war die Arbeit dann abgeschlossen und ich bewarb mich dann als Leiter des Familiengartens des ehemaligen Geländes der Landesgartenschau in Brandenburg 2002. 2007 mit der Schließung des Familiengartens bin ich dann aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden und arbeite jetzt stundenweise im Familienbetrieb.

Es bestehen keine Anfragen von Seiten des Kreistages.

Der Vorsitzende bittet nunmehr Herrn Hennig nach vorn.

Herr Hennig:

Wenn Sie in meine Bewerbungsunterlagen hineinsehen, dann werden sie dort folgende Erkenntnisse herauslesen können: Ich habe einen Beruf erlernt, einen Universitätsabschluss, einen Fachhochschulabschluss, ich habe 15 Jahre überwiegend Erfahrungen im Einzelhandel vorzuweisen und mehr als 21 Jahre bin ich jetzt in der öffentlichen Verwaltung tätig. Ich bin 52 Jahre, parteilos, bin also der erste Parteilose hier bei den Bewerbern, dafür bin ich aber verheiratet, kann ich Ihnen sagen, das ist also Beinahe genauso anstrengend vermute ich mal. Ich habe drei Kinder, da ist also auch ein kleiner Nachzügler dabei, das erwähne ich hier nur am Rande. Der ist sieben Jahre, geht in die erste Klasse. Das Schulsystem lern ich jetzt nochmal ganz aktuell kennen, was wir jetzt so sehr lieben gelernt haben. Mein Sohn hätte beinahe das Glück gehabt mit fünf Jahren eingeschult zu werden. Das ist ihm aber verwehrt worden, weil dem gefällt es in einer Flex-Klasse, also er hat das Glück mit der ersten und zweiten Klasse zusammen Lesen und Schreiben zu lernen. Das nur am Rande, damit Sie auch wissen, dass ich auch als Elternteil mit den Aufgaben eines ersten Beigeordneten, der ja auch für die Schulaufgaben verantwortlich ist und ich durchaus auch noch einen anderen Blick zur Verfügung habe. Ich komme aus Salzwedel, bin dort aufgewachsen, zur Schule gegangen, ich habe einen Beruf erlernt, Berufsschule war in Arendsee. Wenn Sie das jetzt gleich wieder vergessen, sage ich Ihnen auch welchen Beruf. Ich hab Koch gelernt, ich kann also meine Altmärkische Hochzeitssuppe hier alleine kochen. Sehr wichtig in der Altmark, dass man die dann auch regelmäßig genießt. Ich habe nach dem Grundwehrdienst bei der NVA, in Kirchmöser in Brandenburg, habe ich da gedient, habe ich ein Universitätsstudium an der Handelshochschule Leipzig aufgenommen, hab dort als Diplomökonom Binnenhandel Fachrichtung Gastronomie abgeschlossen und dann hat's mich einige Jahre nach Berlin verschlagen, dort war ich für die Organisation Schülerspeisen zuständig. Erwähnen möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz kurz, dass ich auch einmal einige Jahre selbstständig war, nur so, das nur am Rande

allerdings, weil das ist ja auch nicht unbedingt selbstverständlich in jedem Lebenslauf. Meine eigentliche Verwaltungslaufbahn begann 1992, und zwar habe ich in der Finanzverwaltung angefangen, da habe ich dann gelernt wie man mit Akten umgeht, weiß was Verfügung und Vermerke sind, kann Gutachten- und Entscheidungsstil auseinander halten. Ich habe alle Bereiche des Finanzamtes kennengelernt, kenne die Veranlagungsstelle, Bewertung, Betriebsprüfung, Vollstreckung, habe diese Tätigkeit dann aber eingestellt, so möchte ich es einmal formulieren, weil ich noch einmal studieren wollte, ich habe in der Fachhochschule Verwaltung und Rechtspflege mit 36 Jahren in Berlin dann nochmal ein Studium aufgenommen. Ich hab den Abschluss als Diplom-Finanzwirt nochmal erfolgreich, sozusagen, vorzuweisen und habe dann, für mich hat sich dann die Möglichkeit eröffnet 1999 in der Stadt Bernau als Finanz- und Ordnungsdezernent zu beginnen. Die Stadt Bernau liegt nord-östlich von Berlin, hat 37.000 Einwohner, nennt sich dort Groß- und Altkreisangehörige Stadt und ist sicherlich strukturschwach, d.h. sie erhält jährlich etwa 15 Millionen Euro Zuweisungen, sie hat aber dennoch geordnete finanzielle Verhältnisse vorzuweisen, d.h. sie ist schuldenfrei und sie ist durchaus liquide, ich nenne das hier an dieser Stelle auch nicht so ganz uneigennützig, weil ich denke, dass meine Dezernententätigkeit daran durchaus einen Anteil hat. Die Stadtverwaltung selber ist in drei Dezernate aufgegliedert, wir haben also, wobei wir nur einen Bürgermeister haben, also einen Beamten haben, das ist unser Bürgermeister, der über viele Jahre dort ein Dezernat geleitet hat. Wir sind also, haben also eine sehr kleine schmale Verwaltungsspitze und, dass ich Ihnen also hier an dieser Stelle gerne verdeutlichen möchte, dass ich umfassend die kommunalpolitischen Themenstellungen kenne, schon allein aufgrund der kleinen Verwaltungsspitze ist das so. Ich selber in meinem Bereich leite 39 Mitarbeiter an. Zu meiner Tätigkeit gehört auch die Stellung als stellvertretender Bürgermeister. Ich bin fungiere auch in der Funktion des Kämmerers in der Stadt Bernau bei Berlin. Und als Kämmerer hatte ich in den letzten Jahren eine große Herausforderung, Sie werden das kennen, das ist die Einführung der Doppik, die steht ja jetzt hier auch in Sachsen-Anhalt an. In Brandenburg war das so, dass die Doppik am 01.01.2011 errichtet werden musste. Wir haben diese Aufgabe so verstanden in der Stadt Bernau, dass wir also nicht nur die Doppik eingeführt haben, sondern wir haben diesen Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft völlig neu rationalisiert und aufgestellt. Diese Projektarbeit fand unter meiner Gesamtverantwortung statt, innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren haben wir dann das alles, was da zu machen war, erledigt, bis hin zur Neubesetzung der Stellen am 01.01. als wir dann die Doppik dort gestartet haben, verfügten wir über eine beleglose Verwaltung. Wir haben eine integrierte Vollstreckung aufgebaut, ein Gebäudemanagement. Eine Besonderheit ist auch unser Haushalt, das kann ich hier an dieser Stelle vielleicht einmal erwähnen. Unser Haushalt ist so errichtet, dass wir vollständig auf Produkte und Kennzahlen verzichten. D.h. mir war es immer ganz wichtig den Stadtverordneten den Haushalt so zur Hand zu geben, dass er ein kommunalpolitisches Handlungsinstrument ist und nicht nur in die Ecke gelegt wird zur Haushaltsberatung, sondern das Ehrenamt, Kommunalpolitik wird ja im Ehrenamt ausgefüllt, muss also auch schon die nötigen Instrumente so erhalten, dass sie, also die Informationen ziehen kann, die es für die kommunalpolitische Arbeit benötigt. Das andere Aufgabenfeld ganz kurz angerissen, das ist die örtliche Ordnungsbehörde. Sie wissen, dass sicherlich auch als erfahrene Kommunalpolitiker. Für mich als Dezernent ist das in erster Linie Rechtsarbeit. Wir beschäftigen dort auch drei Volljuristen. Gelegentlich hatten wir auch mal vier. Überwiegend sind das die Aufgabenfelder des Ordnungsbehördengesetzes, wir haben dort die kompletten Bußgeldverfahren unter unserer Sacharbeit, das Gewerbeamt, das Einwohnermeldeamt, das Standesamt gehört auch dazu. Für mich ist das hier natürlich heute eine Möglichkeit einen weiteren Schritt auf der Karriereleiter zu tätigen. Für mich ist das auch eine Möglichkeit in der letzten Etappe meines Berufsweges noch einmal in die Altmark zurückzukehren, ich danke.

Es bestehen keine Anfragen von Seiten des Kreistages.

Der Vorsitzende bittet nunmehr Herrn Krautstrunk nach vorn.

Herr Krautstrunk:

Ich bewerbe mich für die Position des ersten Beigeordneten und da wir uns noch nicht kennen, möchte ich Ihnen die Fragen beantworten, die sie wahrscheinlich am meisten interessieren: Wer bin ich? Was kann ich? Was sind meine Visionen? und Was können Sie von mir erwarten, wenn Sie mich wählen? Wer bin ich? – Ich bin Assessor Peter Krautstrunk, 1963 in Würzburg geboren, habe preußische Wurzeln. Nach meiner Schulausbildung habe ich Rechtswissenschaft in Würzburg studiert und das Studium erfolgreich mit dem ersten und zweiten juristischen Staatsexamen abgeschlossen. Meine erste Anstellung führte mich nach Dresden, wo ich beim Sozialverband „VdK Sachsen“ Bezirksgeschäftsstellenleiter war. Seit 1997 bin ich in der Kommunalverwaltung in Thüringen bei der kreisfreien Stadt Suhl tätig. Dort begann ich zunächst als Justiziar und seit 2001 bin ich als stellvertretender Amtsleiter des Rechts- und Umweltamtes tätig. Das Amt mit fast 35 Mitarbeitern, das Rechtsamt, ist als Querschnittsamt für die gesamte Verwaltung verantwortlich. Im Umweltamt, was mir besonders am Her-

zen liegt, sind die vier unteren Behörden, nämlich die Abfall-, die Wasser-, die Emissionsschutz- und die Naturschutzbehörde zusammengefasst. Gesamt gesehen möchte ich betonen, dass der Aufgabenzuschnitt bei der Stadt Suhl identisch ist mit den hier wahrzunehmenden Aufgaben des Kreises Stendal. Zum privaten möchte ich erwähnen, dass ich verlobt bin, meine Verlobte ist Ärztin, naturheilkundlich und umweltmedizinisch bewandert und auch als Künstlerin tätig. Meine Hobbies sind Reisen, Sport und Musik. Was kann ich? – Ich kann zurückblicken auf eine 16-jährige Erfahrung in allen Belangen einer Kommunalverwaltung einer kreisfreien Stadt und verfüge zudem über eine ausgeprägte juristische Sach- und Fachkompetenz. Durch meine regelmäßige Teilnahme und Mitarbeit an Ausschüssen und Stadtratssitzungen sind mir kommunalpolitische Zusammenhänge in allen Facetten bestens vertraut. Insbesondere durch langjährige krankheitsbedingte Ausfälle meines Vorgesetzten habe ich wertvolle Erfahrung in der Leitung und Gestaltung des Rechts- und Umweltamtes sammeln können. Meine Stärken sind Verantwortungsbewusstsein, eine hohe Einsatzbereitschaft und Motivation, Durchsetzungsvermögen und Zuverlässigkeit, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit sowie Kreativität. Was sind meine Visionen? – Was wir jetzt säen, werden wir in der Zukunft ernten. Wie Sie wissen ist auch die Altmark vom demografischen Wandel betroffen. Doch dies muss nicht von Nachteil sein, sondern es kann Chancen, Entwicklungs- und Gestaltungsspielräume eröffnen. Landflucht und eine immer älter werdende Bevölkerung sind die Herausforderungen, auf die wir uns einstellen müssen. Der demografische Wandel wird sich regional unterschiedlich entwickeln, sodass lokal und regional angepasste Lösungen erforderlich sind, so, wie sie bereits in den integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten, sogenannten „ILEK“ entwickelt werden. Zur Attraktivitätssteigerung des ländlichen Raumes gehören Unternehmen mit wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen, eine gut ausgebaute Infrastruktur, eine leistungsstarke Daseinsfürsorge, erreichbare Kindereinrichtungen, zuverlässige soziale Einrichtungen und ein abwechslungsreiches Kulturangebot. Dies sind Ziele, für die ich mich einsetze. Ein weiteres Ziel ist der Ausbau der Altmark zur Bio-Energie-Region. Die Altmark zählt bundesweit zu den 21 Bio-Energie-Regionen. Sie verfügt aufgrund ihrer großen land- und forstwirtschaftlichen Flächen über ein enormes Biomasse-Potential. Der Beruf des Landwirtes ist im Wandel, denn jetzt können Landwirte zu Energiewirten werden. Man könnte auch sagen, sie sind die Ölscheichs der Zukunft. So gibt es bereits heute Dörfer in Deutschland, die zu 100 % energieautark sind. Regionale Energie belässt nicht nur das Geld am Ort, sondern sorgt für Arbeitsplätze am heimischen Handwerk, sodass die heimische Region ökonomisch durch ökologische Energieerzeugung gestärkt wird. So kommt zusammen, was zusammen gehört. Ein vorstellbares Nebenprodukt dieser Entwicklung ist eine Sogwirkung auf unsere Hauptstädter in ein naturbelassenes Erholungsgebiet, eingebettet in sanften Tourismus aber eben auch als neuer Wohn- und Lebensraum, was hier in Kombination mit den vorzüglichen Bahnverbindungen zu einer Revitalisierung der Region führt. Langfristige Ziele im Bereich der Bio-Energie-Region sind regionale Wertschöpfung, Neuschaffung von Arbeitsplätzen, Harmonie zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz, eine Steigerung der Lebensqualität durch eine gesunde Umwelt, Schutz und nachhaltige Entwicklung der Kultur und Naturlandschaft Altmark als ein unberührtes und kostbares Juwel. Damit leistet die Altmark einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende. Was können Sie von mir erwarten, wenn Sie mich wählen? – In mir bekommen Sie eine zuverlässige, engagierte und kompetente Führungspersönlichkeit sowie einen loyalen und vertrauenswürdigen ersten Beigeordneten. Ich pflege einen kooperativen, modernen und sachorientierten Führungsstil und bin immer bemüht um einen aufgeschlossenen und wertschätzenden Umgang mit dem Gegenüber, dabei ist mir stets bewusst, dass unsere Mitarbeiter unser wertvollstes Potential sind. Ich werde das Dezernat I sicher und gewissenhaft führen, das Umweltamt mit Freude leiten und einen parteipolitisch unabhängigen Dialog mit allen Fraktionen pflegen. Ich freue mich darauf mit Ihnen gemeinsam für die Entwicklung des Kreises zu arbeiten. Ich will bei der täglichen Arbeit den im Kreistag geäußerten politischen Willen umsetzen und mich meinerseits mit Ideen einbringen und Impulse setzen für die Entwicklung unseres Kreises. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Es bestehen keine Anfragen von Seiten des Kreistages.

Der Vorsitzende bittet nunmehr Herrn Krüger nach vorn.

Herr Krüger:

Mein Name ist Jens Krüger, ich bin seit gestern 40 Jahre jung, habe ein Kind, wohnte 22 Jahre lang in Stendal und seit 18 Jahren in Tangermünde. Mit abgeschlossener Maurerausbildung liegen meine beruflichen Wurzeln eigentlich im Baugewerbe, wo ich als Geselle und Vorarbeiter auch tätig war. Dann wurde ich in die Bundeswehr eingezogen und verpflichtete mich für 12 Jahre. Ich war Einsatzsoldat und später Ausbilder im Zug- und Kompanierahmen mit mehreren Auslandseinsätzen. Meine Aufgabengebiete waren unter anderem die Koordination und Planung zwischen verschiedenen Bereichen und Teilstreitkräften, aber eine Tätigkeit als Verbindungs-offizier im Ausland. Während meiner Bundeswehrzeit orientierte ich mich um und absolvierte eine Ausbildung als Bürokaufmann, holte meine Fachhochschulreife nach, machte eine Ausbildung als Fachberater für Finanzdienstleistungen und Versicherungsfachmann. Später dann holte ich noch oder machte ich noch ein Studium als

Handelsfachwirt. Ich war auch im Finanzdienst und im Handel tätig. In meiner Freizeit beschäftige ich mich mit meinem Kind, treibe Sport und interessiere mich für Politik und Geschichte, Mit mir entscheiden Sie sich für einen interessierten zuverlässigen und vorausschauenden Menschen , der neuen Aufgaben stets ausgeschlossen gegenübersteht. Verantwortungsbewusstsein und Teamgeist waren wesentlicher Bestandteil meines bisherigen Lebens. Ich bin der Meinung, dass die demografische Abwanderung gerade in ländlichen Gebieten und gerade die Schulbildung unserer Kinder in Zukunft näher in den Fokus gerückt werden sollten. Da nur unsere Bürger, die auch hier wohnen bzw. unsere Kinder die Zukunft unseres Landkreises sind. Ich würde mich gern der neuen Aufgabe zum Wohl des Landkreises stellen und hoffe dieser Tätigkeit in vollem Umfang gerecht zu werden. Ich freue mich auf Ihre Stimmen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Es bestehen keine Anfragen von Seiten des Kreistages.

Der Vorsitzende bittet nunmehr Herrn Mertens nach vorn.

Herr Mertens:

Ich bin 51 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder in der Ausbildung, die sind schon erwachsen. Ich wohne in Berlin, wo meine Familie wohnt und aufgewachsen bin ich im Rheinland. Wohne aber seit 1984 bereits in Berlin mit kleineren Ausnahmen. Ich kenne Stendal, Havelberg und Tangermünde als Gast und auch die umliegenden Regionen. Habe in der Familie aber auch einen Bezug zu Stendal, mein Schwiegervater lebte nämlich als Kind drei Jahre von 1944 bis 1947 in Stendal. Ich gehöre keiner Partei an und bewerbe mich hier als Fachmann oder Experte für Planung, Bau und Umwelt für die Position des ersten Beigeordneten. Das möchte ich Ihnen kurz mit meinem beruflichen Werdegang erläutern. Nach meinem Abitur und dem Wehrdienst habe ich eine Ausbildung zum Landschaftsgärtner im Rheinland gemacht. Ich habe danach Landschaftsplanung in Berlin studiert und in der Vertiefung Landschaftsarchitektur in den USA. Ich habe nach meinem Abschluss als Studierender dann als Diplom-Ingenieur und Landschaftsarchitekt angestellt und habe auch freiberuflich gearbeitet in allen Bereichen der Landschafts- und Freiraumplanung und des Umweltschutzes. Die meisten Projekte, Aufträge und Planungen habe ich Berlin, in Brandenburg und in Sachsen durchgeführt. In den letzten sieben Jahren war ich leitender Position sowohl in kirchlichen als auch in kommunalen Einrichtungen tätig und zwar immer im grünen Bereich, d.h. im Bereich Grünordnungsplanung, Landschaftsgarten- und Umweltschutz. Meine Station waren Berlin und Karlsruhe in diesen sieben Jahren. Zusätzlich zu meiner akademischen Tätigkeit bin ich auch als Ausbilder für den gärtnerischen Beruf zuständig und zwar im Bereich Gartenlandschaftsbau und Friedhofsgärtnerei. Vor zweieinhalb Jahren habe ich ein berufsbegleitendes Studium begonnen und zwar das Studium in Ökonomie und Management mit dem Abschluss „Master of Business Administration“. Dieses Studium ist soweit für mich abgeschlossen, ich habe vor vier Wochen meine Abschlussarbeit abgegeben und warte jetzt auf die Benotung und auf das Zeugnis und die Masterurkunde. Meine Abschlussarbeit ging über das bürgerschaftliche Engagement im öffentlichen Grün. Ich hab damit sowohl meinen Beruf des Grünexperten mit den kommunalen Aufgaben verbunden und denke, eine ganz gute Arbeit geschrieben zu haben. Wofür stehe ich? – Ich stehe für nachhaltiges Planbauen und den Unterhalt von Liegenschaften. Ich stehe auch, das haben sie vielleicht mitbekommen, für Weiterbildung und lebenslanges Lernen. Ich befürworte Beteiligungsverfahren von Bürgern in der kommunalen und gemeindlichen Planung, habe dort auch einige Erfahrungen in der Moderation und Kommunikation von solchen Verfahren. Darüber hinaus habe ich im letzten Jahr eine Zusatzausbildung als Coach und Mediator gemacht, sodass ich auch im Konfliktmanagementbereich ganz gut aufgestellt bin. Zu meinen Eigenschaften: Ich bin Ansprechpartnern gegenüber sehr zugewandt, ich bin offen in Verhandlungen und auch offen für gemeinsame Lösungen aber dann auch verbindlich in der Umsetzung dieser Ergebnisse und in der Absprache. Insgesamt würde ich meinen Führungsstil und meinen Leitungsstil als kooperativ kennzeichnen. Zum Abschluss möchte ich gerne zu einigen Bereichen des Dezernats I einige Akzente nennen. Zum Bereich Schule und Bildung: Ich stehe dafür, dass allgemeinbildende Schulen ein Ganztagsangebot mit Lern- und Spielmöglichkeiten anbieten, dass Schulaußenbereiche naturnah gestaltet werden, dass möglicherweise auch Gartenarbeitsbereiche geschaffen werden. Bei Berufsbildenden Schulen bin ich für eine Stärkung der Zusammenarbeit mit den Betrieben des Handwerks und der Landwirtschaft und dem Bereich der allgemeinen Bildung, also bei Volkshochschulen stehe ich dafür, dass Angebote zur beruflichen Bildung zusammen mit Betrieben verstärkt werden. Dazu ist mir das Anliegen Bürgerengagement auch ein wichtiges. Ich denke, dass Zukunftswerkstätten oder Workshops auch im Rahmen der Volkshochschule, Angebote zum Leben im Landkreis oder eben auch zu den Auswirkungen des demografischen Wandels im Landkreis angeboten werden sollten. Im Bereich Kultur bin ich dafür, dass Kultureinrichtungen sich vernetzen. Dabei wird die Öffentlichkeitsarbeit gestärkt und es wird vom Team koordiniert werden, um mit regionalen Akteuren zu kooperieren. Zu Klima und Umwelt möchte ich nur

die beiden Stichpunkte Hochwasserschutz und Umweltbildung nennen. Im Hochwasserschutz stehe ich für einen Ausbau vom Hochwasserrisikomanagement und Frühwarnsystem. Ich bin für die Flächenentsiegelung und denke, dass wir auch natürlich Überschwemmungsräume ausbauen müssen. Gleichzeitig müssen wir natürlich auch schauen, dass wir eine Strategie für Niedrigwasser bekommen. Die Umweltbildung ist für mich wichtig und ich denke, dass dort eine Zusammenarbeit mit den Akteuren im Naturschutzprojekt Untere Havel und im Biosphärenreservat Mittelbe passieren kann. Zuletzt komme ich noch zum Bereich Plan und Bauen. Ich bin für eine nachhaltige Stadt- und Dorfplanung und Erneuerung, dabei müssen natürlich die Auswirkungen des demografischen Wandels berücksichtigt werden. Ich bin auch dafür, die Belange des Denkmalschutzes zu stärken, weil dadurch eine Steigerung der Attraktivität der Gemeinden zustande kommt, Richtung Kulturtourismus. Ich hoffe, dass ich Ihnen einen kleinen Einblick geben konnte in das, was ich bis jetzt gemacht habe und würde mich freuen, wenn Sie mich als richtigen Mensch für diese Person ansehen würden und Sie mir Ihre Stimme geben würden. Danke.

Es bestehen keine Anfragen von Seiten des Kreistages.

Der Vorsitzende erklärt nun, dass gemäß § 55 Abs. 1 der Landkreisordnung des Landes Sachsen-Anhalt Beigeordnete auf die Dauer von sieben Jahren als hauptamtliche Beamte zu bestellen sind. Sie werden im Benehmen mit dem Landrat vom Kreistag je in einem besonderen Wahlgang gemäß § 43 Absatz 3 LKO gewählt.

Nach § 43 Absatz 3 werden Wahlen nur in den gesetzlich ausdrücklich genannten Fällen durchgeführt. Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen; es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht. Gewählt ist die Person, für die die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gestimmt hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, für die die meisten Stimmen abgegeben worden sind. Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los, das der Vorsitzende zu ziehen hat.

Die Wahl des 1. Beigeordneten wird mit Stimmzetteln durchgeführt.

Der Stimmzettel ist vorbereitet.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Bewerber auf dem Stimmzettel in **alphabetischer Reihenfolge** aufgelistet worden sind.

Bitte nicht mehr als eine Stimme abgeben!

Der Stimmzettel ist sonst ungültig.

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen die Mitglieder der Wahlkommission zu benennen.

CDU	Waldemar Schreiber
Die LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen	Bodo Strube
SPD	Bernd Witt
FDP	Timo Schönwald
Landwirte für die Region	Herr März

Ich bitte nunmehr die Wahlkommission, ihre Tätigkeit aufzunehmen und aus ihrem Kreis einen Vorsitzenden zu bestimmen.

Der Vorsitzende eröffnet die Wahlhandlung.

Der Vorsitzende der Wahlkommission, Waldemar Schreiber gibt im Anschluss an die Wahlhandlung und der erfolgten Auszählung durch die Wahlkommission das Ergebnis bekannt.

Herr Volkmar Bauer	keine Stimme
Herr Daniel Golze	13 Stimmen
Herr Dr. Denis Gruber	26 Stimmen
Herr Boris Hecht	keine Stimme
Herr Ralf-Peter Hennig	4 Stimmen
Herr Peter Krautstrunk.	1 Stimme
Herr Jens Krüger	1 Stimme

Herr Lutz Mertens keine Stimme
Herr Moritz Weirauch keine Stimme

Der Vorsitzende stellt fest, dass damit Herr Dr. Denis Gruber im ersten Wahlgang zum Ersten Beigeordneten des Landkreises Stendal gewählt wurde. Er fragt Herrn Dr. Gruber, ob er die Wahl annimmt. Herr Dr. Gruber bestätigt, dass er die Wahl annimmt.

Der Vorsitzende gratuliert Herrn Dr. Gruber im Namen des Kreistages zur Wahl.

mehrheitlich beschlossen

**zu TOP 11 Wahl eines neuen stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 435/2013**

Der Vorsitzende schlägt den Mitgliedern des Kreistages vor, da nur ein Kandidat zur Wahl steht die Wahl in offener Abstimmung durchzuführen.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 2

**zu TOP 12 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
- 2. Lesung und Beschlussfassung -
Vorlage: 415/2012**

Der Vorsitzende des Kreistages eröffnet die Diskussion.

Herr Wulfänger erläutert eingehend die Vorlage. Der Haushalt wurde in den Fraktionen und Ausschüssen beraten. Insofern ist nicht sehr viel Neues zu erzählen. Die Frage ist was sich geändert hat, seit der ersten Lesung. Wir haben 168 Planstellen verändert und weil wir so viel Planstellen verändert haben, haben wir noch einmal ein komplettes Exemplar des Haushaltes rausgegeben. Neu ist auch, dass die Wirtschaftspläne der Gesellschaften nunmehr enthalten sind. Wir konnten den voraussichtlichen Jahresabschluss in wesentlichen Teilen des alten kammeralen Haushalts berücksichtigen. Das heißt, wir konnten bei den Einnahmen und Ausgaben noch etwas variieren. Im Ergebnis dieser Veränderung konnten wir das Defizit im Ergebnisplan von 3,9 Mio. Euro auf 1,9 Mio. Euro reduzieren. Dieses Problem wird uns im Rahmen der Genehmigungserteilung weiter begleiten. Deshalb haben wir in den letzten Tagen die Frage geprüft, ob wir diesen Erlass vom Land zur vorübergehenden Erleichterung des Haushaltsausgleichs anwenden können. Das heißt, wenn man eine Rücklage hat, kann man das Defizit gegen diese Rücklage buchen und ausgleichen. Unser Problem ist jedoch, dass wir noch keine Bilanz haben. Man muss eine Bilanz haben, um dies nachweisen zu können. Er hat in der vergangenen Woche mit dem Landesverwaltungsamt lange diskutiert. In diesen Gesprächen wurde signalisiert, dass auch mit einer vorläufigen Bilanz nachgewiesen werden kann, dass die Rücklagen vorhanden sind. Dann könnten wir auch diesen Erlass nutzen. Um diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen, haben wir noch einmal ein Austauschblatt fertig gestellt. Dort steht die genaue Verfahrensweise drin. Wir wollen die vorläufige Bilanz bis zum zweiten Quartal erarbeiten. Ich sage hier aber auch ausdrücklich, dass wir bisher nicht wissen, ob dann auch tatsächlich die Rücklagen vorhanden sein werden.

Die anderen Veränderungen beziehen sich auf die Kreisumlage. Dort hat sich der Hebesatz nicht verändert. Tatsächlich nehmen wir 2,4 Mio. Euro mehr ein, als im vergangenen Jahr. Im letzten FHLA wurde diskutiert, wie das weitergehen soll. In den Unterlagen, die Ihnen vorliegen ist enthalten, dass die Kreisumlage zwar vom Hebesatz in den nächsten Jahren konstant bleibt. Aber, weil die Bemessungsgrundlage steigt, steigt auch der absolute Betrag. Der Wunsch besteht nicht den Hebesatz zu deckeln, sondern den absoluten Betrag (ca. 38,0 Mio. Euro). Wir werden das bei den künftigen Planungen berücksichtigen, dass die Kreisumlage bei 38,0 Mio. Euro festgeschrieben wird. Wir müssen die Auswirkungen betrachten und müssen sehen, welche Vorstellungen das Landesverwaltungsamt bei der jetzigen Anhörung haben wird.

Des Weiteren wurde die zukünftige Inanspruchnahme des Förderprogramms STARK II diskutiert. Die Frage, die man sich immer wieder stellt ist, können wir uns das leisten? Die Tilgung ist durch dieses Programm von 1,2 Mio. Euro auf 2,6 Mio. Euro hoch gegangen. Und sie wird weiter nach oben gehen. Dies werden wir im nächsten

FHLA noch einmal diskutieren. Bei dieser Diskussion möchte ich jedoch, dass die Ergebnisse der Haushaltsgenehmigung diesen Jahres mit Berücksichtigung findet.

Im vergangenen Jahr hatten wir eine Kreditaufnahme für Investitionen von 0 Euro. In diesem Jahr stehen dort rund 2,6 Mio. Euro. Ein Teil des Kredites (1,1 Mio. Euro) wurde schon genehmigt. Das hängt mit dem Förderprogramm für die Schulen STARK III zusammen. Damit haben wir keine Netto-Neuverschuldung und hoffen, dass der restliche Kreditbedarf auch genehmigt wird.

Herr Rettig: Ich will es an den Anfang stellen, auch in diesem Jahr sind Wünsche und Bedarfe größer als unsere finanziellen Möglichkeiten. Trotzdem gibt es gibt viel Positives.

Wir investieren unter anderem in Schulen des Landkreises sowie in Straßen und Brücken. Das dies auch zukünftig fortgesetzt werden soll können sie der DS 427 – der Prioritätenliste Straßenbauvorhaben 2014 – 2018 entnehmen. Auch wenn uns klar ist, dass der Bedarf nach wie vor unsere Möglichkeiten übersteigt.

Aber bereits in diesem Jahr liegen die geplanten Auszahlungen unter Berücksichtigung von Kredittilgungen über den Einzahlungen, so dass sich ein erneuter Kreditbedarf von 2,6 Mio. Euro ergibt.

Die Leistungen für Kultur und Sport bzw. Bildungseinrichtungen werden in gleicher Höhe weitergeführt.

In den Schulen werden die schülerbezogenen Ausgaben für Lehr- und Unterrichtsmittel beibehalten, bzw. für Geräte und Ausstattungen teilweise sogar erhöht.

Wir sehen, dass auch im HH 2013 die Zuschüsse des VW-HH an Dritte sowie freiwillige Leistungen in annähernd gleicher Höhe eingeplant wurden. Sie betragen seit Jahren ca. 1,7% der Gesamtausgaben.

Aus diesen Gründen werden wir dem HH-Entwurf 2013 mehrheitlich zustimmen.

Trotzdem noch einige Gedanken.

Dies alles soll erreicht werden trotz sich vielfach nicht verbessernder Bedingungen.

Verzeichneten wir bei den Einnahmen aus dem Finanzausgleich 2009 zu 2012 bereits einen Rückgang von 1,37 Mio. Euro, so sollen wir 2013 einen weiteren Rückgang um 2,13 Mio. Euro verkraften.

Dass wir dies durch höhere Einnahmen aus der Kreisumlage von 2,45 Mio. Euro zwar mehr als kompensieren trifft aber nicht gerade auf Verständnis bei den Kommunen und kann vor allem keine Dauerlösung sein.

Trotz stets steigender Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sinkt der Anteil der Einnahmen des Landkreises aus Bundesmitteln. Sind es in diesem Jahr 75%, sollen es im Jahre 2014 100% sein. Dies sollte man unter anderem bei der zukünftigen Festlegung des Hebesatzes und der absoluten Summe der Kreisumlage auch berücksichtigen und die Kommunen entlasten.

Ein entsprechender Vorschlag wurde durch Dr. Opitz in der Sitzung des KVPA unterbreitet.

Der strukturelle Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt 2012 sollte um 210 T€ abgebaut werden, was nach aktuellen Prognosen nicht erreicht wird.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Landkreis sinkt zwar weiterhin, aber nicht wie prognostiziert und damit planen wir erstmals seit Jahren - wenn auch minimal - höhere Aufwendungen für Kosten und Unterkunft als im vergangenen Jahr.

Angesichts der Tatsache, dass bundesweit bereits jeder 4. Hartz-IV-Empfänger die Hilfe seit 2005 bezieht und auch in dieser Statistik Sachsen-Anhalt mit 29,7% einsames Schlusslicht ist, bleibt zu befürchten, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zukünftig nicht mehr in dem Maße sinkt wie in den vergangenen Jahren.

Will man die Belastungen des HH des Landkreises mit den Leistungen nach dem SGB II betrachten, darf man sich nicht von den Gesamtausgaben oder der stets unterschiedlichen, meist sinkenden nun gerade mal gestiegenen Beteiligungsquote des Bundes irritieren lassen. In dieser jetzigen Quote stecken die Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket mit drin.

Unter dem Strich verbleibt auch im Plan 2013 nach Abzug der Zuschüsse von Bund und Land ein Eigenanteil des Landkreises von ca. 5,4 Mio. Euro

Das Bildungs- und Teilhabepaket ist aber noch ein Stichwort zu dem einige Bemerkungen erforderlich sind.

Die Leistungen für Bildung und Teilhabe gehören nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zum Existenzminimum, deshalb muss es unser Ziel sein, eine möglichst umfassende Inanspruchnahme der Leistungen durch alle Leistungsberechtigten zu erreichen.

Das gilt auch unter dem Gesichtspunkt, dass zukünftig nur noch die Gelder zur Verfügung stehen, die bisher real ausgeschöpft wurden.

Völlig unbefriedigend ist die Inanspruchnahme der Lernförderung.

Mit diesen Ergebnissen darf man sich keineswegs zufrieden geben. Hier ist die Verwaltung, aber auch der neue Landrat noch stärker als bisher gefordert.

Nicht des Geldes wegen sondern wegen der Zukunft der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen.

Herr Borstel bemerkt, dass intensiv in den Fraktionen und Ausschüssen über den Haushalt beraten worden ist. Es war eine sehr gute Vorbereitung und Beratung zu verzeichnen, wie in den Jahren zuvor. Dafür möchte er sich bei Herrn Wulfängers Team bedanken. An die neuen Begriffe im Rahmen der Einführung der Doppik werden wir uns langsam gewöhnen und einarbeiten. Am Ende meiner Ausführungen wird stehen, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt zustimmt. Zum FAG sagte Herr Rettig bereits, dass wir hier zwei Millionen weniger eingenommen haben. Das wird sich konstant auf diesem Niveau etablieren. Die Bemessungsgrundlage für die Kreisumlage hat Herr Wulfänger dargelegt. Auch den Vorschlag von Herrn Dr. Opitz die Kreisumlage zu deckeln. Defizit im Finanzplan bleiben allerdings die 1,2 Mio. Euro. Völlig verzogen hat sich der Soll-Fehlbetrag. Den findet man in der Doppik nicht wieder. Uns werden die Zinsen für Kassenkredite beschäftigen. Diese Summe gilt es zu reduzieren. Wir haben außerordentlich günstige Zinsbedingungen. Unser Kurs wird weiterhin die Konsolidierung sein. Wir sparen in den Jahren 2014/2016 wie jetzt vermerkt 8,3 Mio. Euro. Die Problematik Kreisumlage muss dann neu betrachtet und das HKK entsprechend fortgeschrieben werden.

Bei den Kindertagesstätten ist eine Belastung zu erwarten durch die Erstattung der Elternbeiträge. Positiv sind die freiwilligen Aufgaben und Leistungen. Dies ist konstant geblieben.

Herr Dr. Opitz bemerkt, dass die CDU-Fraktion mehrheitlich dem Haushalt 2013 zustimmen wird. Aus seiner ganz persönlichen Sicht sowie als Bürgermeister der Stadt Tangermünde und Kreisvorsitzender des Städte- und Gemeindebundes freut er sich, dass über die Doppik geredet wird. Er weiß, dass von den neun kommunalen Gebietskörperschaften es vier nicht schaffen werden einen doppischen Haushalt aufzustellen. Ich möchte auf drei Dinge hinweisen. Das eine ist, dass wir jetzt einen Ergebnisplan haben, in den einfließen unter anderem die Differenz aus den Abschreibungen die wir zu bilden haben und die Auflösung der Sonderposten (Fördermittel). Dieser Ergebnisplan muss ausgeglichen sein. Dazu gehört aber auch, dass der Finanzplan ebenso auszugleichen ist. Hier werden Sie feststellen, dass wir im Ergebnisplan immer noch ein Defizit haben und das wir im Finanzplan auch noch ein sattes Defizit verzeichnen. Das Dritte, welches eben nicht enthalten ist, ist in einem Schreiben des Landesverwaltungsamtes angeklungen. Wir haben plötzlich vergessen, dass wir noch Kassenkredite (Altschulden) haben, die wir bisher in unserer HKK regelmäßig versucht haben abzubauen. Das ist im Haushalt noch nicht enthalten. Die Zustimmung zum Haushaltplan heute steht unter dem großen Risiko der Genehmigungsfähigkeit. Er hält es für dringend geboten und da bietet er auch die Zusammenarbeit an, dass gemeinsam eine politische Lösung gefunden wird. Wir werden diese Problematik nicht schultern können. Wir werden bei der relativ strukturschwachen Region in der wir leben und bei den relativ geringen Steuereinnahmen in eine Falle schlittern, aus der wir nicht mehr heraus kommen. Das muss auch den verantwortlichen im Innenministerium und im Landesverwaltungsamt klar gemacht werden. Denn wenn Sie alle zusätzlichen Belastungen addieren, dann sind das 2,7 Mio. Euro Defizit aus Abschreibungen minus Sonderposten. Das sind zusätzlich aus STARK II die von Herrn Wulfänger bereits zitierten 1,2 Mio. Euro. Und dazu kommen noch, wenn wir das in 10 Jahren abbauen dürfen noch einmal 3,0 Mio. Euro. Insgesamt sind das satte 7,0 Mio. Euro die wir zusätzlich erwirtschaften müssen. Wir werden als Kommunen sicher unseren Beitrag leisten, aber insgesamt wird das nicht reichen. Für alle, die aus der Unternehmerschaft kommen und die meinen, da müssen wir Personal abbauen, das sind eh zu viel möchte er eine Zahl nennen. Der Durchschnittsaufwand für eine Kommune für einen Bediensteten beträgt 35.000,00 Euro im Jahr. Wenn Sie 10 Leute abbauen, dann haben Sie mal gerade 350.0 TEuro gespart. Sie müssen also 200 Bedienstete abbauen, um diese 7,0 Mio. Euro einzusparen. Da merken Sie schon, es gibt einen Punkt, wo man mit den derzeitigen Regelungen nicht weiter kommt. Zurzeit findet man kein offenes Ohr, weder im Ministerium noch im Landesverwaltungsamt. Man muss einen Schnitt machen. Es gibt für Abschreiben zum Beispiel Übergangszeiten, es gibt die Möglichkeit gegen Eigenkapital gegenzubuchen. Wir müssen gemeinsam politisch aktiv werden.

Herr Berlin bemerkt, dass jeder lernen muss mit diesem Haushalt umzugehen. Er schlägt vor, dass auf dem KVPA am 11.07.2013 eine Zwischenbilanz zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz gezogen werden sollte.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt die Vorlage zur Abstimmung.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 5

zu TOP 13 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes "Regionale Planungsgemeinschaft Altmark"

Vorlage: 417/2013

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion.

Der Landrat bemerkt, dass es in der Diskussion einige Fragen zur Änderung der Satzung gegeben hat. Diese Änderung wurde empfohlen durch die Rechnungsprüfungsämter. Wir wollen und können nicht die Ausschreibungsregelungen aushebeln. Aber wir wollen die Vergabemodalitäten etwas vereinfachen. Unsere Salzwedeler Kollegen haben dieser Vorlage bereits zugestimmt.

Herrn Luksch irritiert die Höhe. Es soll von 25.0 TEuro auf 200,0 TEuro angehoben werden. Ist das nötig?

Der Landrat bemerkt, dass es sich um Erfahrungswerte handelt. Es sind Projekte, die in der Regel mit einer hohen Förderung laufen, die teilweise auch über mehrere Jahre gehen. Deshalb auch diese relativ ungewöhnliche Erhöhung.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 1 Enthaltung 8

**zu TOP 14 Vertretung des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Flugplatzgesellschaft Stendal-Borstel mbH
Vorlage: 423/2013**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 15 Vertretung des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung des Landkreises Stendal mbH
Vorlage: 424/2013**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 16 Vertretung des Landkreises in GmbHs, Planungsgemeinschaft und Sparkasse - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 422/2013**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Kreistag nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 17 Satzung zur Beileihung von praktizierenden Tierärzten und Fleischkontrolleuren für die

Schlacht tier-, Fleisch- und Trichinenuntersuchung
Vorlage: 425/2013

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Herr Wiese bemerkt dazu, dass bisher im gewerblichen Schlachtbereich der Tierarzt die Schweine betreut, die geschlachteten Tiere untersucht und die Trichinenuntersuchung vornimmt. Jetzt wird alles mit einem EU-Verfahren in einer zertifizierten Stelle untersucht. Wir bekommen dadurch wahnsinnig mehr Kosten, die umgelegt werden müssen auf den Verbraucher. Zum Schluss muss man ernsthaft die Frage stellen, wem es nützt. Es sind EU-Gesetze und ich weiß, dass der Landkreis dies umsetzen muss. Wir geben zum Schluss 10 % eines Schweins nur für die Trichinenuntersuchung aus.

Herr Klemm bemerkt, dass vorgesehen war zwei Tierarztpraxen noch zu zertifizieren und entsprechende Mittel bereitzustellen. Ist das jetzt klar, welche Labore im Landkreis in Zukunft arbeiten?

Herr Wulfänger erklärt, dass wir im Moment mit einem Labor aus dem Bereich Seehausen zusammenarbeiten. Wenn sich eine zweite Praxis in einem anderen Gebiet finden würde, dann würden wir auch mit denen verhandeln. Die Praxis in Seehausen bietet sich an, weil in diesem Bereich die Wildschlachtungen stattfindet, wo die meisten Trichinenuntersuchungen durchgeführt werden.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 1 Enthaltung 11

zu TOP 18 Beschluss der Prioritätenliste Straßenbauvorhaben nach dem EntflechtG 2014 - 2018
Vorlage: 427/2013

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Frau Theil erläutert die Vorlage und bemerkt, dass es sich um eine Prioritätenliste für die kommenden fünf Jahre handelt.

Herr Berlin möchte wissen, warum die Bahnhofstraße in Bismark nicht mit auf die Liste kam.

Frau Theil bemerkt, dass dies im Ausschuss durch Herrn Schreiber angesprochen worden ist. Wir wissen um das Problem Bahnhofstraße als Baulastträger. Aber auch der Bau der Nebenanlagen müsste dann gewährleistet sein. Die Liste kann von Jahr zu Jahr fortgeschrieben werden.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

zu TOP 19 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschulen Uetz, Tangerhütte und Grieben
Vorlage: 433/2013

Der Vorsitzende gibt eine Änderung bekannt:

Ich möchte darum bitten, die Schreibweise des Ortes Coppel handschriftlich in der Vorlage zu ändern. Coppel wird natürlich mit bb geschrieben.

Er stellt die Vorlage zur Diskussion.
Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 1 Enthaltung 2

**zu TOP 20 Beteiligungsbericht 2012 - Fortschreibung für das Wirtschaftsjahr 2011
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 420/2013**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.
Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Kreistag nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 21 Änderung der Ausschussbesetzung des Kreistages Stendal
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 436/2013**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.
Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Kreistag nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 22 Anfragen und Hinweise

Der Vorsitzende fragt ob es Anfragen oder Hinweise im öffentlichen Teil der Sitzung gibt. Dies ist nicht der Fall.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Öffentlichkeit den Raum zu verlassen.